



Tausche Ost- gegen D-Mark: Andrang in einer Wechselstube in Sachsen-Anhalt am 1. Juli 1990

Foto Helmut Schwarzbach/Argus

Vor dreißig Jahren kam die D-Mark in die DDR – eine kleine Währungsunion mit großen Folgen für das Land, das drei Monate danach in der Bundesrepublik aufgehen sollte. Wie waren damals die Erwartungen? Was haben die Menschen mit der harten Währung gemacht? Und wie schauen sie heute auf ihr Geld, nunmehr den Euro, der mit der nächsten, größeren Währungsunion kam? Drei Ostdeutsche sind besser geeignet als die allermeisten anderen, darüber zu reden: Gesine Löttsch, Thomas Jurk und Eckhardt Rehberg. Alle drei sind heute arrivierte Bundestagsabgeordnete. Sie stammen aus Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Sie kommen aus drei verschiedenen Parteien (Die Linke, SPD, CDU). Im Haushaltsausschuss entscheiden sie heute über kaum fassbare Beträge, steigen doch die Ausgaben des Bundes in der Corona-Pandemie auf mehr als 500 Milliarden Euro. Damit verbunden sind neue Schulden von fast 220 Milliarden Euro, der Rahmen für Garantien erreicht Billionen-Größenordnung.

Damals ging es bei den dreien wie für jeden DDR-Bürger um ganz andere Beträge. Im Normalfall konnte man 4000 Mark im Verhältnis eins zu eins umtauschen, mit sechzig Jahren und älter 6000 Mark, Kinder hingegen nur 2000 Mark. Löhne, Gehälter, Renten, Mieten und andere „wiederkehrende Zahlungen“ wurden im selben Verhältnis umgestellt, für größere Guthaben galt hingegen der ungünstigere Kurs von zwei zu eins. Die Deutsche Bank war die erste, die das neue Geld ausgab, auf dem Alexanderplatz hatte sie um Mitternacht die Schalter geöffnet. Der Ansturm war enorm. Bilder von damals zeigen einen ungläublichen Gedränge. Obwohl der 1. Juli auf einen Sonntag fiel, hatten auch viele Geschäfte geöffnet.

Löttsch, heute 58 Jahre alt, kommt zwar aus Ost-Berlin, aber an dem Wochenende war sie gar nicht am Ort des Geschehens. Als die D-Mark den Osten flutet, ist sie mit ihrem „Trabbi“ in der Nähe von Hamburg, um politischen Gleichgesinnte zu treffen. Was sie sich zuletzt mit der DDR-Mark gekauft hat, weiß sie heute gar nicht mehr. Aber ihr Mann hatte sich damals ein Fernglas gekauft, „um nach Ostgeld loszuwerden“. Die D-Mark blieb erst einmal auf dem Konto, „man wusste ja nicht, wie es beruflich weitergeht, es war alles offen“.

Es war ja auch nicht so, dass es die D-Mark nicht schon vorher im Osten gegeben hätte. Nicht zuletzt über Verwandte floss regelmäßig West-Geld ins Land. Die Regierung in Ost-Berlin hatte dafür die Intershops geschaffen, in denen ihre Bürger begehrte Konsumgüter mit harter Währung kaufen konnten. Wie die Linken-Politikerin erzählt, hatte sich ihre Familie gewundert, was ihre ebenfalls im Osten lebende Oma so alles hatte und mitbringen konnte. Erst viel später sei herausgekommen, dass sie eine kleine Hinterbliebenen-Rente von einem Chemieunternehmen aus West-Berlin hatte, mit dem sie ihren Lebensstandard aufbessern konnte.

Die Sprachwissenschaftlerin Löttsch, die für die Linke seit Herbst 2002 im Bundestag sitzt (ihren Wahlkreis Lichtenberg hat sie jeweils direkt gewonnen), arbeitete 1990 nach ihrer Promotion an der Humboldt-Universität, zugleich war sie zu der

Zeit kommunalpolitisch engagiert. Kurz vor der Währungsreform traf man sich mit Kollegen im Rathaus Schönberg, also im tiefsten Westen. Der SPD-Politiker Klaus Böger lud die „armen Verwandten“ aus dem Osten in der Kantine ein. „Mit der Währungsunion war das vorbei, da musste man sich nicht mehr von Sozialdemokraten einladen lassen“, sagt sie heute mit einem Lachen.

Der gelernte Funkmechaniker Jurk (58) aus Weißkeißel im Landkreis Görlitz arbeitete in der Wendezeit in einer Produktionsgenossenschaft des Handwerks. „Was wird ab dem 1. Juli gelten?“, fragten wir uns“, erzählt er. Der Vertrag, den Bundeskanzler Helmut Kohl, DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière sowie die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg am 18. Mai unterzeichnet hatten, übertrug nicht nur die Währung aus dem Westen, sondern auch die ganze Wirtschaftsordnung auf den Osten. Damit war für Jurk und seine Mitstreiter klar, das eine neue Rechtsform für die Zusammenarbeit hermusste. „Wir entschieden uns für eine GmbH mit mehr als hundert Gesellschaftern.“ Das mutige Experiment hat funktioniert, den Betrieb gibt es weiterhin, der SPD-Politiker, der es später bis zum stellvertretenden Ministerpräsidenten in Dresden brachte, bevor er Abgeordneter in Berlin wurde, ist immer noch Gesellschafter. Es sind allerdings nicht mehr so viele wie früher. „Etwa vierzig.“

Der Anpassungsdruck auf die Unternehmen war nach Jurks Worten enorm. „Die ökonomische Situation der Betriebe gab einen Wechselkurs eins zu eins eigentlich nicht her.“ Die Produkte seien zu teuer geworden im Vergleich zu der Konkurrenz etwa aus Italien, Frankreich und Westdeutschland. Der Euphorie von damals setzt er die nüchterne Einschätzung entgegen: „Die Währung ist so hart, dass es für viele Arbeitnehmer hart wird.“ Das neue Geld lässt er selbst zunächst auf dem Sparkonto liegen, er fährt weiter seinen Trabbi 601 Kombi.

Der Norddeutsche Rehberg (66) war vor dreißig Jahren Geschäftsführer eines

# Neu im D-Mark-Land

Drei ostdeutsche Politiker, drei Währungen: Erst verschwindet die Mark der DDR, später kommt der Euro. Sicher ist nur die nächste Krise – und, dass sie gute Nerven brauchen.

Von Manfred Schäfers



Gemeinsame Geschichte:  
Rehberg (1990),  
Löttsch (2002) und  
Jurk (Wendezeit)

Schmuckunternehmens in Ribnitz-Damgarten. Ein Abstecher nach Baden-Württemberg zeigte ihm schnell, dass man „bei der Produktivität nicht ansatzweise mithalten konnte“. Die Währungsunion war nach seiner Einschätzung unvermeidlich, „sonst wäre die DDR noch mehr ausgeblutet“. Das Mitglied des Parteivorstands der Ost-CDU war knapp bei der Wahl zur Volkskammer gescheitert, ein Listenplatz mehr für seine Partei, und er hätte über den Einigungsvertrag mit abstimmen können. Das wurmt den Diplomingenieur immer noch ein bisschen. Er wurde zunächst Bürgermeister in seiner kleinen Gemeinde, die heute ein Teil von Marlow ist, im Herbst wurde er in den Landtag gewählt, im Schweriner Schloss war er sofort CDU-Fraktionsvorsitzender. Erst 2005 wechselte er in den Bundestag.

„Wir waren Täter und Opfer zugleich“, urteilt Rehberg heute mit Blick auf die Geschäfte, in denen fast von einem Tag auf den anderen die allermeisten Ostprodukte verschwand und durch Westware ersetzt wurden. Mit ihrem Obstgarten und ihren Kaninchen („die Zucht habe ich dann bald aufgegeben“) war seine Familie zwar nicht autark, aber einiges produziertete sie eben doch selbst. Der CDU-Politiker kann sich nicht erinnern, was er selbst als Letztes mit dem Ostgeld gekauft hatte („da muss ich mal meine Frau fragen“), es war offenbar nichts Besonderes. Elektrogeräte waren schon immer in der DDR vergleichsweise teuer gewesen. „Kühlschrank, Schwarzweißfernseher und Waschmaschine – da haben sie 5000 Mark auf den Tisch gepackt.“ Das wisse er noch heute genau, weil sie einst einen Ehevertrag in dieser Höhe bekommen hätten, „und genau das ging für die drei Dinge drauf“. Letztlich floss bei Rehbergs vor drei Jahrzehnten fast alles ins Haus, dass sie gerade bauten. Das zog sich hin, auch weil man zu der Zeit schon auf bessere Baumaterialien hoffen konnte. Die Treppe und der Außenputz waren Mitte 1990 noch nicht fertig. „Wir haben zu der Zeit weniger konsumiert, sondern gesehen, dass wir unseren Hauskredit möglichst schnell tilgen. Er wurde zwar halbiert, aber es waren über 9 Prozent Zinsen.“ Wie die drei Politiker hielten viele DDR-Bürger

das neue Geld erst einmal zusammen. Eine Sorge der Bundesbank war, dass es einen Nachfrageschub geben könnte, der die Inflationsrate nach oben treibt. So kam es nicht. Eine andere Sorge war, dass viele Unternehmen im harten Wettbewerb nicht bestehen würden. So kam es dann auch. Die Kombinate und Produktionsgenossenschaften gerieten reihenweise in Schieflage. Treuhandanstalt, Beschäftigungsgesellschaften, Arbeitslosigkeit sind Stichworte, die immer noch schmerzen. Wenn jemand aus der alten Bundesrepublik Jurk heute sagt, dass den Menschen im Osten mehr zugemutet wurde als jemals ihren Landsleute im Westen, dann macht er einen Punkt. Das Wort Jammerossi fällt in dem Gespräch genauso wenig wie das vom Besserverwi. Es geht nur um das, was war – was oft hart war –, und um das, was daraus wurde.

Unbestreitbar ist: Obwohl aus der Noch-Hauptstadt Bonn zig Milliarden in den Osten flossen, verschwanden mehr und mehr Betriebe und damit nicht nur Einkommen, sondern auch gesellschaftliche Verankerung der Bürger. In der DDR war das noch umfassender als in Westdeutschland, von der Kinderbetreuung bis zum Urlaub lief vieles über den Betrieb. Wie Löttsch erzählt, suchten viele in der Umbruchphase ihr Heil in der Selbständigkeit. Nicht immer gelang ein solcher Neustart, aber erstaunlich oft klappte es auch. Rehberg berichtet von vielen Betrieben, die in seinem Umfeld in diesem Jahr ihr dreißigjähriges Jubiläum feiern.

Die deutsche Währungsunion war nur der Auftakt für die nächste, die europäische, die schon 1989 verabredet worden war. Anfang 2002 zahlten die Menschen erstmals mit dem Euro, in Gera, Rom, Paris. Und dann kam es wieder dicke: Finanzkrise, Eurostaaten-Schuldenkrise, Flüchtlingskrise, Corona-Krise. Nach Jahren mit ausgeglichenen Haushalten wächst aktuell die Neuverschuldung des Bundes schneller denn je. Zugleich drückt die Notenbank immer mehr Geld in den Markt. Wie sehr beunruhigt dies unsere drei Politiker, wie sehr sorgen sie sich um den Euro, ihr drittes Geld?

„Die Summen, mit denen wir gegenwärtig hantieren, sind schon gigantisch“, sagt Löttsch. „Irgendwann kommt die Rechnung.“ Am meisten beschäftigen sie momentan die Frage, wer das nach der Wahl im nächsten Jahr bezahlen müsse. Als Linke wäre ihr eine Vermögensabgabe für die Reichen natürlich am liebsten. Die Billionenbeträge, die nunmehr in Berlin und Brüssel diskutiert werden, treiben auch den CDU-Mann Rehberg um. „Wenn ich gegen 5 Uhr in meiner Berliner Wohnung aufwache, gehen mir schon die Zahlen durch den Kopf. Da fängt man an nachzudenken.“ Angst habe er nicht, was die gemeinsame Währung angeht, aber Sorgen mache er sich schon. Daher sein Appell: Maß und Mitte halten. „Wir sollten uns sehr schnell wenigstens innerhalb der regulären Schuldengrenze wieder bewegen.“ Dem Sachsen Jurk gibt der Anstieg der Geldmenge zu denken: „Jeder, der ein bisschen Sachverstand hat, weiß: Das hat Konsequenzen.“ Seine Erwartung: „Der Euro wird unter Druck kommen. Aber der Dollar auch.“ Noch mehr macht ihm die Lage in Europa zu schaffen, speziell in Italien. So sind nach seinen Worten wieder gute Nerven gefragt – nicht nur für Ostdeutsche.



Auf einen Espresso

## Nie mehr erste Liga

Von Sven Astheimer

An diesem Wochenende geht mit einiger Verspätung die Fußball-Bundesliga über die Ziellinie der Saison 2019/20. Sieht man mal davon ab, dass entweder Fortuna Düsseldorf oder der SV Werder Bremen noch in der Relegation gegen den Drittplatzierten aus dem Unterhaus ihren Platz im Elitestrudel verteidigen müssen. Für Bremen droht nach 40 Jahren erstmals wieder der Abstieg in die Zweitklassigkeit, wo der alte Nordrivale HSV schon längst verweilt und vielleicht auch weiter bleiben muss. Im Fußball geht es damit ähnlich zu wie bei den Börsenindizes: Immer mehr große Namen tummeln sich mittlerweile in der zweiten Reihe, während das Premiensegment zunehmend von grauen Mäusen dominiert wird.

DA WÄRE ZUM BEISPIEL die Lufthansa, so ein Art Werder Bremen der Wirtschaftswelt. Allerdings mit dem Unterschied, dass die Lufthansa den Abstieg schon hinter sich hat. Nach 32 Jahren machte Europas größte Fluggesellschaft zu Beginn der Woche den Abflug aus dem Leitindex Dax. Künftig ist das Unternehmen nur noch im Mittelwertindex M-Dax gelistet, ein Schicksal, das zuletzt auch Thyssen-Krupp, Metro und Pro Sieben Sat 1 zuteilgeworden war. Bei der Kranich-Airline überwoog zuletzt jedoch die Erleichterung, da das staatliche Hilfspaket auf der außerordentlichen Hauptversammlung angenommen und damit eine Insolvenz verhindert wurde. Künftig hat die Lufthansa also den Bund an Bord. Eine spannende Konstellation.

IN DER MUSIKSZENE kennt man das Phänomen des „One-Hit-Wonders“. Gemeint sind Künstler, die mit einem einzigen Lied die Hitparaden stürmen, um danach wieder in der Versenkung zu verschwinden. In der Wirtschaft hat es der Münchner Unternehmer Heinz Hermann Thiele immerhin eine ganze Woche lang geschafft, in der Rolle als bislang größter Einzelaktionär die Welt der Lufthansa in Atem zu halten. „Blockiert einer der reichsten Deutschen die Annahme des Pakets und schickt den Konzern in die Insolvenz?“, lautete die entscheidende Frage, nachdem sich Thiele sehr kritisch geäußert hatte. Kurz vor der Abstimmung signalisierte er dann doch seine Zustimmung. Also viel Lärm um nichts? Nur unnötiger Stress für knapp 140 000 Mitarbeiter und ihre Familien? Nun, Thiele lässt sich nicht in die Karten schauen, welche Ziele er genau verfolgt mit seinem Engagement. Eines aber hat das Thema gezeigt: Wenn man grundlegende Veränderungen in einem Unternehmen beschließt, sollte man das am besten im Gleichklang mit seinen wichtigsten Aktionären tun. Für eine Gesellschaft, die zunehmend auf den starken Staat setzt und in der Eigentumsrechte gleichzeitig an Bedeutung verlieren, eine wichtige Erkenntnis.

ZURÜCK ZU FUSSBALL und Wirtschaft: Gleich zweimal erstklassig ist der Chemie- und Pharmakonzern Bayer. Doch während die Profikicker aus Leverkusen zum Saisonfinale noch um die Teilnahme in der europäischen Champions League kämpfen, hatte sich der Mutterkonzern seit der Übernahme des amerikanischen Agrarkonzerns Monsanto in Sachen Kursentwicklung lange Zeit in Richtung Tabellenkeller bewegt. Zu der sagenhaften Abblösesumme von rund 60 Milliarden Euro sind in dieser Woche noch einmal knapp 10 Milliarden für die Beilegung des Großteils der Glyphosatklagen in Amerika gekommen. Dennoch atmet man jetzt auf, wohl wissend, dass der sündhaft teure Neuzugang in den kommenden Jahren schon brillant wird aufspielen müssen, um diese Kosten zu rechtfertigen.

KOMMEN WIR ZUM SCHLUSS noch zum traurigsten Kapitel dieser Spielzeit, das man eigentlich nur noch unter Zuhilfenahme eines zweitklassigen Wortspiels mit Humor nehmen kann: „Au Wirecard!“ Der Zahlungsverwickler ist binnen weniger Tage vom großen Hoffnungsträger zum Zentrum eines der größten Bilanzskandale der Wirtschaftsgeschichte geworden, der am Ende sogar Insolvenz beantragen musste. Das gab es im Dax noch nie. Die Lizenz dürfte der Emporkömmling aus dem Münchner Umland damit bald verlieren. Mit ein bisschen Fußballkenntnis hätte man es auch schon ahnen können: Es kann in Bayerns Kapitalen nur einen Platzhirschen geben. Mia san mia!